

# P R E S S E D I E N S T

Sperrfrist: Redebeginn  
Es gilt das gesprochene Wort!

Zu TOP 3 - Schulgesetzänderung - erklärt die  
bildungspolitische Sprecherin der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen, **Angelika Birk**:

## **Klare gesetzliche Grundlagen schaffen**

Fraktion im Landtag  
Schleswig-Holstein

Pressesprecherin  
Claudia Jacob

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)

Internet: [www.gruene-landtag-sh.de](http://www.gruene-landtag-sh.de)

**Nr. 043.01 / 21.02.2001**

Grüne

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

In Berlin vermietete vor einigen Monaten ein besonders engagierter Rektor für den Förderverein zur Unterstützung sozialer Aktivitäten in der Schule, den Schulhof nachts und am Wochenende als Parkplatz - ohne Genehmigung. Die juristische Verfolgung dieses Vergehens provozierte in der Stadt eine kontroverse medienöffentliche Debatte.

Soweit sollten wir es in Schleswig Holstein nicht kommen lassen. Zum einen wollen wir Schulhöfe so kinderfreundlich und autofeindlich, dass sich diese Sponsoringidee von selbst erübrigt, zum anderen aber brauchen wir in Schleswig Holstein klare und gerechte gesetzliche Grundlagen für das Sponsoring von Aktivitäten rund um die Schule.

Höchstmögliche Transparenz und Beschränkung auf bestimmte Aufgaben, um die staatliche Bildungsverpflichtung und die kommunale Schulträgerschaft nicht zu unterlaufen, sowie Anreize, durch Sponsoring Schulen in besonders schwierigen Lagen zu unterstützen, sind für uns die Leitlinien.

Besonderes Fingerspitzengefühl erwarten wir hierbei beim Thema Sponsoring und Werbung. Der Schulraum und das Schulleben dürfen nicht als Werbeträger missbraucht werden.

Die Autonomie der Schule, die Öffnung zur Gemeinwesenarbeit und die Unterstützung des Schullebens durch private Dritte sollen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern dieses Ziel müssen alle Schulen erreichen können - unabhängig davon, wie reich die Eltern der SchülerInnen sind.

Die Änderungen des Schulgesetzes, wie sie die CDU vorschlägt, eröffnet jedenfalls eine spannende fachpolitische Debatte, der wir uns nicht verschließen.

\*\*\*